



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus - 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60 / 59

Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:

BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Bankverbindung:

Nassauische Sparkasse Wiesbaden

Kto. 110 241 700

BLZ 510 500 15

Fraktionsvorsitzender:

Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer: K.H. Maiert

Wiesbaden, 05.04.2007

Pressemitteilung :

Justiz- und Verwaltungszentrum

Das Ergebnis des Auswahlverfahrens zum Justiz- und Verwaltungszentrum ist, wie die Bürgerliste vorausgesagt hat, ein gesichtsloser Riesenbürokomplex aus Beton und Stahl, monotone Einfacharchitektur. So sieht großmaßstäblicher Städtebau in Wiesbaden aus.

Die von der Stadt zu zahlende Miete liegt über der bisher gezahlten Miete. Sonstige Folgekosten für die nächsten Jahrzehnte sind schwer abschätzbar, und die Frage erhebt sich, ob hier nicht kommunale Aufgaben in undemokratischer Weise auf einen Privaten übertragen werden.

Das Auswahlverfahren hat als Geheimsache unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden, inklusive des Architektenwettbewerbs, den man hätte abtrennen und öffentlich machen können. Nur ein kleines, von den Betreibern ausgewähltes Gremium hat die verschiedenen Modelle gesehen. Hier wird ein ganz neues Viertel errichtet, ohne daß es einen Schimmer von Bürgerbeteiligung gegeben hat.

Die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hat, in nicht öffentlicher Sitzung, das Projekt abgesegnet, ohne aussagefähige Vergleichszahlen für die Abwägung zwischen Eigenbau und Vergabe zu haben. Voraussetzung für die Abwicklung als PPP-Projekt war aber, daß der Eigenbau nachweislich teurer wäre. Es hätte also dargelegt werden müssen, wieso die Vergabe trotz des teuren Auswahlverfahrens günstiger wäre. Eine solche Darlegung hat es nicht gegeben. Ferner wurden dem Parlament keine architektonischen Alternativen, überhaupt keine Modelle gezeigt. Nur der Bauausschuß hat das eine zur Verabschiedung anstehende Modell gesehen. Die Mehrheit im Parlament hat also den Bau eines ganzen neuen Viertels beschlossen, ohne Kenntnis davon zu haben, wie es aussehen wird. Hier wird die Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament ad absurdum geführt.

Es hat sich hier gezeigt, daß PPP-Verfahren absolut undurchsichtig sind, die Bürgerbeteiligung umgehen und die Beteiligung der Abgeordneten an Entscheidungsprozessen zur Farce machen. Die interessierte Öffentlichkeit sollte wissen, wie ihr durch die Anwendung eines solchen Geheimverfahrens jede Einflußmöglichkeit genommen wird. Die Fraktion BLW findet es richtig und gut, daß die Anwohner der Moritzstraße klagen, denn so kommt es wenigstens an einer Stelle zu einer Überprüfung eines Vorhabens, das uns insgesamt als verfehlt erscheint.

Dr. Michael von Poser

Thorsten Reiß